
Plädoyer für Wirtschaftsdemokratie

Rezension von: Heinz-J. Bontrup, Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, PapyRossa Verlag, Köln 2006, 424 Seiten, € 24,80.

In Zeiten einer unter wirtschaftsliberalen Kriterien ablaufenden Globalisierung, geprägt vom Thatcher-Slogan „There is no alternative“, liefert das Buch von Heinz-J. Bontrup wichtige, statistisch und wissenschaftlich fundierte Argumente für eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft. Bontrup, der nach langjähriger Tätigkeit u. a. als Personalvorstand und Arbeitsdirektor in der Stahlindustrie seit 1996 Hochschullehrer für Wirtschaftswissenschaft an der Fachhochschule Gelsenkirchen ist, zeigt Alternativen zum gängigen ökonomischen *Mainstream* auf und setzt sich dabei intensiv mit neoklassischen Modellen auseinander. Bontrup beschränkt sich dabei nicht nur auf eine makroökonomische Analyse, sondern bezieht auch die Arbeitswelt und die Betriebe in seine Betrachtungen ein.

Das Buch gliedert sich in vier große Kapitel: Im ersten Kapitel mit der Überschrift „Arbeit unter marktwirtschaftlich-kapitalistischen Verhältnissen“ analysiert Bontrup den gesellschaftlichen Charakter von Arbeit. Bontrup ist dabei ganz Klassiker, er beruft sich auf Smith, Ricardo und Marx: Es ist Arbeit, die als einziger Faktor in der Lage ist, Werte zu schaffen. Er erklärt damit der neoklassischen Produktionsfaktorentheorie, wonach jeder Produktionsfaktor (Arbeit, Boden, Kapital) gemäß seiner Grenzproduktivität zu entlohnen sei, eine klare Absage: „Der

Ökonom Otto Conrad hat diese Sicht als die ‚Todsünde der Nationalökonomie‘ bezeichnet und sich gegen eine solche Gleichstellung der Produktionsfaktoren mit dem allein neuwertschaffenden Menschen verwahrt: Niemand käme auf die Idee, dass eine Geige ‚geigt‘ oder ein Fernrohr ‚sieht‘. Produktionsmitteln aber werde zur Verklärung der gesellschaftlichen Wertschöpfung eine eigenständige Leistung zugeordnet. Kapital und Boden geben zwar während des Produktionsprozesses einen Wert im Rahmen ihrer Nutzung ab, sie schaffen aber nur durch den Einsatz lebendiger Arbeit einen entsprechenden Neuwert oder Mehrwert (Gewinn).“ (S. 25)

Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen bedeutet allerdings Aneignung von Arbeitskraft zur „Mehrwertproduktion“, die sich letztlich – monetär – in Gewinnen bzw. Profiten niederschlägt. Der/die KapitalistIn eignet sich einen Teil der geleisteten Arbeit (bzw. deren Produkte) des/der ArbeitnehmerIn – jenen Teil, der nicht der unmittelbaren Reproduktion dient – als Mehrarbeit (bzw. als Mehrprodukt) an. Gewinne entstehen also unmittelbar im Produktionsprozess, nicht im Rahmen eines Tauschprozesses. Die Aneignung des Mehrprodukts durch den Arbeitgeber ergibt sich in kapitalistischen Gesellschaften aus dem zentralen Grundprinzip des Privateigentums an Produktionsmitteln. Im Rahmen des kapitalistischen Produktions- und Akkumulationsprozesses ist der/die KapitalistIn dabei bestrebt, die Mehrwertproduktion auszudehnen – und damit den Gewinn zu erhöhen –, also immer mehr an erbrachter Arbeit, bzw. an erwirtschafteten – besser gesagt erarbeiteten – Werten anzueignen. Demokratiepölitisch ausgedrückt: Es geht um die materielle Partizipation der Ar-

beitenden, der WertproduzentInnen.

In den folgenden Kapiteln setzt sich Bontrup daher mit den Themen der „materiellen Partizipation“ als Frage der Verteilung, der „Stellung und Rolle der Beschäftigten im Unternehmen“ als Frage der demokratischen Teilhabe und Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen im Produktionsprozess und im Betrieb sowie schlussendlich unter dem Titel „Wirtschaft und Staat in gesamtgesellschaftlicher Sicht und Verantwortung“ mit Wirtschaftsdemokratie auf der Makroebene auseinander. Bontrup nimmt dabei Bezug auf aktuelle Fragestellungen und Problemlagen, auf laufende Diskussionen und Politiken – vor allem in der BRD, ohne internationale Vergleiche und Erfahrungen zu vernachlässigen – und unterfüttert seine Argumente ausführlich mit Statistiken.

Im Kapitel „Materielle Partizipation – eine Frage der Verteilung“ fordert Bontrup – vor allem unter dem Gesichtspunkt einer stagnierenden Binnennachfrage – eine produktivitätsorientierte gewerkschaftliche Lohnpolitik ein, unter voller Ausschöpfung der verteilungspolitischen Spielräume. Die über Jahre betriebene Lohnzurückhaltung habe in Deutschland weder zu mehr Beschäftigung geführt, wie immer wieder von neoliberalen Ökonomen ins Treffen geführt, noch zu einem Rückgang der Arbeitslosenrate. Vielmehr habe sich der Teufelskreis von hoher Arbeitslosigkeit, geringem Wachstum und verteilungspolitischer Schieflage verstärkt. Exzessive Lohnzurückhaltung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit – wie etwa die in den Niederlanden betriebene, inzwischen allgemein als gescheitert angesehene Politik der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich – befördere viel mehr eine „*beggar my neighbour*“-Politik mit

all ihren negativen Konsequenzen auf die Beschäftigten:

„In der Vergangenheit – in den 1930er Jahren – wurde diese Politik mit Hilfe von Währungsabwertungen verfolgt, die dem abwertenden Land einen Vorteil im Außenhandel verschaffen sollten. Es ist viel darüber geschrieben worden, wie solche Maßnahmen zu einer Spirale von ‚Vergeltungsabwertungen‘ führen, die schließlich Depressionen im Welthandel nur verschärfen. Wenn, wie dies in den vergangenen Jahren verstärkt geschehen ist, Länder zusammen eine Währungsunion (siehe Europäische Währungsunion) oder auch nur einen Festkursblock bilden, entsteht die Gefahr, dass eine neue Form von destruktivem Wettbewerb (Lohnsenkungswettbewerb) eine alte Form (Abwertungswettbewerb) ersetzt.“ (S. 46)

Neben einer offensiv die Verteilungsfrage stellenden Lohnpolitik, thematisiert Bontrup auch weitere, in den Gewerkschaften nicht unumstrittene verteilungspolitische Alternativen, nämlich jene nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und jene nach Gewinnbeteiligungen: Arbeitszeitverkürzung, nicht nur, um zu einer gerechteren Verteilung des Arbeitsvolumens – auch zwischen den Geschlechtern – zu kommen und die Arbeitswelt zu humanisieren, sondern auch als Verteilungskampf um Produktivitätsfortschritte, die sich nicht nur in höheren Löhnen, sondern auch in niedrigeren Arbeitszeiten niederschlagen müssen.

Gewinnbeteiligungen sieht Bontrup – um Missverständnisse und Bedenken auszuräumen – keineswegs als Ersatz für eine offensive Lohnpolitik – wie etwa seitens der Arbeitgeberverbände regelmäßig propagiert. „Echte“ Gewinnbeteiligungsmodelle, wie sie

Bontrup beschreibt, seien vielmehr Modelle, die den ArbeitnehmerInnen einen Anteil des ihnen vorenthaltenen Mehrprodukts sichert, bzw. rückerstattet. Bontrups „echte“ Gewinnbeteiligung kann dabei durchaus als ein Mittel zur Demokratisierung und zur Politisierung des Gewinns angesehen werden – setzen entsprechende Modelle doch Ausverhandlungs- und Definitionsprozesse zwischen ArbeitgeberInnen, ArbeitnehmerInnen und Staat voraus.

Ein zentrales verteilungspolitisches Konfliktfeld, dem sich Bontrup ausführlich widmet, ist der Betrieb, das Unternehmen: Hier geht es um die Verteilung von Macht und Einfluss auf Produktion, Produktionsverhältnisse, Leitung und damit um die unmittelbare Infragestellung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Hier geht es um unmittelbare Wirtschaftsdemokratie in der kleinsten Einheit. Kein Wunder also, dass betriebsrätliche Mitbestimmungsrechte seitens der Arbeitgeberverbände zunehmend unter Beschuss geraten und die Rücknahme selbst geringfügiger Informations- und Gestaltungsrechte als „nicht mehr zeitgemäß“ gefordert wird.

Bontrup geht ausführlich auf die Krise der betrieblichen, vor allem betriebsrätlichen Mitbestimmung, auf neue Managementformen, die vermeintlich mehr Selbstbestimmung und Mitbestimmung im Betrieb mit sich bringen, sowie auf neue Herausforderungen für BetriebsrätInnen in einer globalisierten Wirtschaft ein. Ausgehend von der deutschen Arbeitsverfassung lassen sich auch Schlussfolgerungen für eine demokratische Reform der österreichischen Arbeitsverfassung ziehen. Besonderes Augenmerk widmet Bontrup dabei der Rolle der Belegschaftsvertretungen in den Organen der Unter-

nehmen, etwa den Aufsichtsräten. Vor allem in Fällen von Ausgliederungen, Stilllegungen, Unternehmenskäufen und -verkäufen, bei weit reichenden Unternehmensprojekten, bei der Festlegung von Unternehmenszielen, der Bestimmung strategischer Instrumente etc. fordert Bontrup eine Ausweitung betriebsrätlicher Mitbestimmungsrechte ein. Ausgehend vom deutschen Montanmitbestimmungsgesetz, das umfangreiche Mitbestimmungsrechte der Belegschaft in der Montanwirtschaft (z. B. Parität im Aufsichtsrat zwischen Arbeit und Kapital) vorsieht, sollen betriebsrätliche und gewerkschaftliche Mitbestimmungsrechte ausgebaut, modernisiert und vereinheitlicht und damit mehr betriebliche Demokratie sichergestellt werden. Unmittelbar in den Leitungsorganen – den Vorständen und Geschäftsführungen der Unternehmen – möchte Bontrup einen von Belegschaft und Gewerkschaften bestimmten, gleichberechtigt agierenden „Arbeitsdirektor“ sehen, der für Personal und Soziales ebenso zuständig ist wie für den Umweltschutz im Unternehmen, „der nicht mehr losgelöst vom Arbeitsschutz gesehen und zielorientiert angesteuert werden kann.“ (S. 160) Umfasst ein Leitungsgremium – einschließlich des Arbeitsdirektors – mehr als drei Mitglieder, so ist über die Bestellung eines weiteren Mitgliedes zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite Einverständnis herzustellen. In Betrieben mit über 500 MitarbeiterInnen soll ein/e staatliche/r VertreterIn mit Beratungs-, Informations- und Beobachtungsstatus, aber ohne Stimmrecht, den Aufsichtsrat ergänzen, „weil Unternehmen auch eine öffentliche Verantwortung haben (man denke nur an die Auswirkungen von Massenentlassungen) und ihre jeweilige Unternehmenspolitik in die

Gesellschaft wirkt (siehe z. B. Umweltschäden), aber auch deshalb, weil Unternehmen von staatlichen Leistungen (Infrastruktur, Subventionen) profitieren.“ (S. 159)

Das letzte Kapitel „Wirtschaft und Staat in gesamtwirtschaftlicher Sicht und Verantwortung“ umfasst neben einer umfassenden Kritik an herrschenden neoliberalen Dogmen zu Sozialstaat und Staatsverschuldung eine umfangreiche, statistisch gut aufgearbeitete Analyse der rot-grünen Wirtschaftspolitik (Steuer-, Gesundheits- und Rentenreform) der letzten Jahre. Bontrup erweist sich einmal mehr als scharfer und fundierter Kritiker, der auch einen Ausblick auf mögliche Alternativen liefert. Ganz Keynesianer, fordert er eine antizyklische Budgetpolitik ein, ein Brechen mit dem Dogma des Nulldefizits, eine Neuorientierung in der Steuerpolitik in Richtung Vermögens-, Kapital und Spekulationssteuern. Er erinnert daran – inzwischen eine Seltenheit –, dass ein finanzwirtschaftliches Prinzip die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit der steuerzahlenden Subjekte ist – ein wesentlicher Grundsatz eines „demokratischen“ Steuersystems.

Ein Manko in Bontrups Buch stellt die weitgehende Ausblendung geschlechtsspezifischer Wirtschaftsdemokratiefragen aus. Die Frauenbewegung sowie ihre Forderungen hin-

sichtlich einer Demokratisierung der Wirtschaft (z. B. Gender-Analysen wirtschaftspolitischer Aktivitäten wie *Engendering Budgets*), die strukturelle Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft, scheinen an ihm spurlos vorübergegangen zu sein. Gleiches gilt für die Ökologiebewegung: Stellen etwa BürgerInnenbeteiligungsverfahren im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Betriebsansiedlungen bzw. die Stellung von AnrainerInnen oder ArbeitnehmerInnen in derartigen Verfahren keine wirtschaftsdemokratischen Herausforderungen dar?

Dennoch ist Bontrups „Arbeit, Kapital und Staat – Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft“ ein Werk, das zu lesen lohnt. Nicht nur, dass theoretische Analysen, fundierte Kritik und empirisches Material gut miteinander verknüpft sind, sondern auch Umfang und Radikalität der vorgeschlagenen, wirtschaftsdemokratischen Reformen machen das Buch einmalig und für interessierte LeserInnen – egal ob in Gewerkschaft, Politik oder Sozial- und Wirtschaftswissenschaft – lesenswert. Lehrenden an Universitäten und Fachhochschulen kann Bontrups Plädoyer jedenfalls nur als Ergänzung herkömmlicher, traditioneller ökonomischer Prüfungsliteratur empfohlen werden.

Christa Schlager